

Medienmitteilung vom 14. Januar 2014

Delegiertenversammlung vom 14. Januar 2014

Prämienverbilligungen - Grüne prüfen gerichtliche Einsprache

Die Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern vom 14. Januar hat sich mit den kantonalen Wahlen vom 30. März 2014 beschäftigt, die Parolen für die Abstimmungen vom 9. Februar gefasst und die Prüfung rechtlicher Schritte gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen bei den Krankenkassenprämien beschlossen. Die Unterschriftensammlung zur Stopp-Fracking-Initiative und zur Kulturland-Initiative schreitet währenddessen gut voran.

Der Vorstand der Grünen Kanton Bern hat anlässlich der Delegiertenversammlung bekanntgegeben, dass er rechtliche Interventionen gegen den Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen prüft. Im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung hatte der Grosse Rat einen drastischen Abbau bei den Prämienverbilligungen beschlossen. So gibt der Kanton Bern im nächsten Jahr 24 Mio. Franken und in den folgenden Jahren gar 35 Millionen Franken weniger für Prämienverbilligungen aus. Dies hat zur Folge, dass ab 2014 mindestens 40'000 Bernerinnen und Berner keine Prämienverbilligung mehr erhalten. Gemäss dem Gesetz betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und Militärversicherung müssen jedoch 25 bis 45 Prozent der Kantonsbevölkerung in den Genuss einer Prämienverbilligung gelangen. Mit den beschlossenen Sparmassnahmen wird der Kanton Bern klar unter die untere Bandbreite von 25 Prozent fallen.

Die Grünen hatten bereits im Dezember informiert, dass sie prüfen, die erforderliche Gesetzesänderung mit einem Referendum zu bekämpfen, damit das Volk die Möglichkeit erhält, diese verantwortungslose Massnahme an der Urne abzulehnen. Die Grünen haben an ihrer Delegiertenversammlung nun auch beschlossen, nach Möglichkeit auf juristischem Weg gegen die Abbaumassnahme vorzugehen. Zu diesem Zweck rufen die Grünen Personen auf, welche 2014 trotz gleich bleibenden Einkommens- und Vermögensverhältnissen keine Prämienverbilligung mehr erhalten, sich bei den Grünen zu melden, damit gemeinsam eine mögliche Einsprache geprüft und in erfolgsversprechenden Fällen eingereicht werden kann.

Kantonale Wahlen 2014

Bei den Grossratswahlen treten die Grünen in sämtlichen Wahlkreisen mit eigenen Listen und 222 Kandidatinnen und Kandidaten an (davon 48 Junge Grüne). Wahlziel der Grünen ist es, die Fraktionsstärke von 2006 wieder zu erlangen (19 Mandate). An der Delegiertenversammlung vom 14. Januar 2014 diskutierten die Grünen Kanton Bern ihr Programm "Fünf Entwicklungsachsen für einen modernen und zukunftsfähigen Kanton Bern", mit dem sie den Kanton Bern voranbringen wollen. Zu den zehn Zielen zählen die Schaffung von 10'000 neuen Arbeitsplätzen im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien, eine massive Reduktion der Anzahl Gemeinden und eine Förderung des Wohnstandorts Kanton Bern.

Parolen für die Abstimmungen vom 9. Februar 2014

Im April 2013 haben die Grünen Kanton Bern die Unterstützung des Referendums gegen den Beitritt zum verschärften "Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen" beschlossen. Der Beitritt zum verschärften Konkordat würde nicht zur gewünschten Reduktion von Gewalt und Schäden bei Sportveranstaltungen beitragen. Statt auf Repression setzen die Grünen auf Prävention. Diese Haltung wurde an der Delegiertenversammlung bekräftigt: Die Delegierten beschlossen die Nein-Parole mit 40 Nein- und 17 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Bei den nationalen Abstimmungsvorlagen beschlossen die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und die Nein-Parole zur Abschottungsinitiative der SVP sowie zur Volksinitiative "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache".

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, 079 263 47 68

Anna-Katharina Zenger, Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern, 079 304 67 39

Jan Remund, Vize-Präsident Grüne Kanton Bern, 079 917 15 29